

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
07. Rat 2009-2014
Sitzungsdatum:
06.05.2010

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 06.05.2010

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Anordnung einer Einwohnerversammlung, hier: Erstellung eines Stadtentwicklungsprogramms vor dem Hintergrund des demografischen Wandels
3. Marketingkonzept für das Ü-Bad der Stadt Übach-Palenberg
4. 1. Änderung der Gebührensatzung des städt. Schwimmbades
5. 6. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg (Friedhofsgebührensatzung) vom 15.11.2002
6. 41. Änderung des Flächennutzungsplanes - Feuerwehrgerätehaus Scherpenseel -
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Feststellungsbeschluss
7. Bebauungsplan Nr. 46 - Finkenstraße-Ost - 2. vereinfachte Änderung
hier: Satzungsbeschluss
8. Bebauungsplan Nr. 64 - Röntgenstraße - 5. vereinfachte Änderung
hier: Satzungsbeschluss
9. Bebauungsplan Nr. 106 - St. Rochus -
hier: Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren
10. Erschließung für den Bebauungsplan Nr. 106 - St. Rochus
11. Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 der GeschO vom 13.04.2010 betr. Neubesetzung der Ausschüsse
12. Neubesetzung einer Ausschussvorsitzenden im Ausschuss für Schule, Kirchen, Vereine und Integration

- 13. Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 13.04.2010 betr. Neubesetzung von Gremien
- 14. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 14.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 5 der GeschO vom 21.04.2010 betr. Wiederwahl des Beigeordneten für Planen und Bauen
- 14.2. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 22.04.2010 betr. Wiederwahl des Beigeordneten für Planen und Bauen
- 14.3. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 22.04.2010 betr. Anzahl der Ausschüsse
- 14.4. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 22.04.2010 betr. Informationsbroschüren zu wichtigen Themen in unserer Stadt
- 14.5. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 22.04.2010 betr. Arbeitsgruppe zum Thema des demografischen Wandels
- . Anfragen
- 15. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath
Frau Bärbel Bartel
Herr Wolfgang Bien
Herr Rudolf Burbaum
Herr Thomas Dieckmann
Herr Herbert Fibus
Herr Fred Fröschen
Herr Josef Fröschen
Herr Peter Fröschen
Frau Karin Fürkötter
Frau Silvia Gillen
Herr Herbert Görtz
Herr Gerhard Gudduschat
Herr Walter Junker
Herr René Langa
Herr Leo Meertens
Herr Herbert Mlaker
Herr Hans-Georg Overländer
Frau Eva Maria Piez
Herr Rainer Reißmayer
Herr Winand Ruland
Herr Hüseyin Salin
Herr Dieter Sarasa

Herr Wolfgang Schneider
Herr Dr. Frank Tuchtenhagen
Herr Jörg Ulrich
Herr Oliver Walther
Frau Corinna Weinhold
Herr Heiner Weißborn
Herr Hubert Wynands

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker
Schlüter
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberverwaltungsrat Hans-Peter Gatzert
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen

Schriftführer

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

Abwesende

Frau Norma Kuhlmeier
Herr Manfred J. Offermanns

Bürgermeister Jungnitsch begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und die Vertreter der Presse.

Er erklärte, dass er vor Einstieg in den formellen Teil noch etwas zur Kenntnis geben wolle. Er begrüßte Herrn Dieter Sarasa als neues Ratsmitglied und hieß ihn herzlich willkommen. **Bürgermeister Jungnitsch** erklärte, dass heute keine Verpflichtung des neuen Stadtverordneten erfolgen müsse, da Herr Sarasa bereits als sachkundiger Bürger verpflichtet worden sei.

Weiterhin erklärte **Bürgermeister Jungnitsch**, dass er heute die Ehre habe, Stadtverordneten Gudduschat zu seiner 35jährigen Mitgliedschaft im Rat der Stadt Übach-Palenberg gratulieren zu können. Am 4. Mai 1975 sei Stadtverordneter Gudduschat zum ersten Mal angetreten. Er sei somit das langjährigste Ratsmitglied in Übach-Palenberg. Seit dem habe er tausende Stunden in den Dienst der Allgemeinheit durch seine Tätigkeit im Rat und in den Ausschüssen gelegt. Er schätze ihn wegen seiner geistigen Frische, seiner quicklebendigen Ideen und seiner vielen Erfahrungen. Einen besseren Vorsitzenden könne sich eine Fraktion nicht wünschen und ein Bürgermeister könne sich kein besseres Ratsmitglied vorstellen.

Bürgermeister Jungnitsch nannte die einzelnen Ausschüsse in denen Stadtverordneter Gudduschat im Rahmen seiner Tätigkeit als Stadtverordneter vertreten war. Er erklärte, dass Stadtverordneter Gudduschat zunächst die Funktionen des 2. und 1. stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und seit 2008 die Funktion des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion übernommen habe. Auch erwähnte er, dass Stadtverordneter Gudduschat sich von Beginn an für die Städtepartnerschaften engagiert habe. **Bürgermeister Jungnitsch** sprach Stadtverordneten Gudduschat seinen Dank für seine bisherige Tätigkeit zum Wohle der Stadt und für die gute Zusammenarbeit aus. Er überreichte ihm zum Dank Blumen und Wein.

Stadtverordnete **Weinhold** bedankte sich ebenfalls bei Stadtverordnetem Gudduschat für die geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit und überreichte ein Präsent.

Stadtverordneter **Weißborn** und Stadtverordneter **Rißmayer** überbrachten herzliche Glückwünsche und wünschten Stadtverordnetem Gudduschat für die Zukunft alles Gute.

Stadtverordneter **Gudduschat** bedankte sich herzlich für die netten Worte.

Anschließend stieg **Bürgermeister Jungnitsch** in den formellen Teil der Sitzung ein und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Bürgermeister Jungnitsch schlug vor, den Tagesordnungspunkt 14.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 5 der GeschO vom 21.04.2010 betr. Wiederwahl des Beigeordneten für Planen und Bauen und den Tagesordnungspunkt 14.2 Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 der GeschO vom 22.04.2010 betr. Wiederwahl des Beigeordneten für Planen und Bauen zusammenzulegen.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Weiterhin erklärte **Bürgermeister Jungnitsch**, dass er die Tagesordnung um Punkt 17.1 Verpachtung des Grundstücks Flur 59 Nr. 75, groß 4.981 qm, zum Zwecke der Kiesausbeute erweitern wolle, da dieser Tagesordnungspunkt in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses an den Rat zur Beschlussfassung verwiesen worden sei.

Auch hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) **Öffentliche Sitzung**

1 **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 25.03.2010 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 **Anordnung einer Einwohnerversammlung, hier: Erstellung eines Stadtentwicklungsprogramms vor dem Hintergrund des demografischen Wandels**

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass der Termin für die Einwohnerversammlung der 31.05.2010, 19.30 Uhr sei und in der Lohnhalle des CMC stattfinden werde.

Er erklärte, dass in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses für die Teilnahme an der Einwohnerversammlung folgende Stadtverordnete bestimmt worden seien:

für die CDU:	Stadtverordnete Gillen und Stadtverordneter Gudduschat
für die SPD :	Stadtverordneter Overländer und Stadtverordneter Weißborn
für die UWG:	Stadtverordneter Meertens
für die FDP:	Stadtverordneter Tuchtenhagen
für B90/ Die Grünen:	Stadtverordnete Appelrath

Beschluss:

Die Einwohnerversammlung zur Erstellung eines Stadtentwicklungskonzeptes vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wird angeordnet.

An der Einwohnerversammlung werden folgende Stadtverordnete teilnehmen:

für die CDU:	Stadtverordnete Gillen und Stadtverordneter Gudduschat
für die SPD :	Stadtverordneter Overländer und Stadtverordneter Weißborn
für die UWG:	Stadtverordneter Meertens
für die FDP:	Stadtverordneter Tuchtenhagen

für B90/ Die Grünen: Stadtverordnete Appelrath

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

3 Marketingkonzept für das Ü-Bad der Stadt Übach-Palenberg

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erläuterte, der Entwurf sei im Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing am 22.04.2010 ausführlich vorgestellt worden. Der Bericht sei der Niederschrift zur Sitzung des Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing als Anlage beigefügt. Eine erneute Vorstellung in der heutigen Sitzung erschien somit nicht notwendig.

4 1. Änderung der Gebührensatzung des städt. Schwimmbades

Erster Stadtbeigeordnete **Piotrowski** stellte kurz die Family-Wasserspaßkarte und den Feierabendtarif vor, um die der Entwurf der 1. Änderung der Gebührensatzung des städtischen Schwimmbades erweitert werden solle (die Erläuterungen sind der Niederschrift zur Haupt- und Finanzausschusssitzung am 29.04.2010 als Anlage beigefügt worden). Er teilte mit, dass das Freibad am 15.05. eröffnet werde.

Beschluss:

Der als Anlage beigefügte Entwurf der 1. Änderung der Gebührensatzung der Stadt Übach-Palenberg für die Benutzung des Ü-Bades wird zur Beschlussfassung vorgeschlagen (Die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten). Der Entwurf wird um die Family-Wasserspaßkarte mit einem Betrag von 150 Euro und um den Feierabendtarif (für Erwachsene 2,50 Euro, für Jugendliche 1, 50 Euro, gültig ab 18 Uhr) erweitert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5 6. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg (Friedhofsgebührensatzung) vom 15.11.2002

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte 6. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Gebiet der

Stadt Übach-Palenberg (Friedhofsgebührensatzung) wird beschlossen (Die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 6 **41. Änderung des Flächennutzungsplanes - Feuerwehrgerätehaus Scherpenseel -**
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Feststellungsbeschluss
-

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass weder seitens der Öffentlichkeit noch von Behörden oder den sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 vorgebracht wurden.
2. Die 41. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich "Feuerwehrgerätehaus Scherpenseel" wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 7 **Bebauungsplan Nr. 46 - Finkenstraße-Ost - 2. vereinfachte Änderung**
hier: Satzungsbeschluss
-

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gem. § 13 Abs. 2 BauGB weder von Seiten der Öffentlichkeit noch von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 46 – Finkenstraße-Ost - wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 8 **Bebauungsplan Nr. 64 - Röntgenstraße - 5. vereinfachte Änderung**
hier: Satzungsbeschluss
-

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gem. § 13 Abs. 2 BauGB weder von Seiten der Öffentlichkeit noch von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Die 5. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 64 – Röntgenstraße - wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 9 **Bebauungsplan Nr. 106 - St. Rochus -
hier: Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren**
-

Beschluss:

1. Der Bebauungsplan Nr. 106 – St. Rochus – wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a Abs. 1 BauGB aufgestellt.
2. Der Planentwurf des Bebauungsplanes Nr. 106 – St. Rochus - wird beschlossen
3. Obwohl das vereinfachte Verfahren gem. § 13 Abs. 2 angewandt werden kann, wird eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB in Form einer Planauslegung von 2 Wochen durchgeführt. Parallel wird eine frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.
4. Sollte der Planentwurf nach der Phase der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung wesentliche Änderungen erfahren, wird er dem Rat erneut zum Beschluss vorgelegt.
5. Anschließend wird eine Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB in Form einer Planauslegung von einem Monat mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.
6. Die Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

10 Erschließung für den Bebauungsplan Nr. 106 - St. Rochus

Beschluss:

Dem als Anlage beigefügten Städtebaulichen Vertrag und Erschließungsvertrag zwischen der Stadt Übach-Palenberg, der S-Bauland GmbH und Herrn May wird zugestimmt (Die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 der GeschO vom 13.04.2010 betr. Neubesetzung der Ausschüsse

Beschluss:

Als Ersatz für die aus dem Rat der Stadt Übach-Palenberg ausgeschiedene Stadtverordnete Sarasa wird

1. Stadtverordneter Bien als persönlicher Vertreter für den Stadtverordneten Meertens in den Haupt- und Finanzausschuss
2. Stadtverordnete Corinna Weinhold als ordentliches Mitglied und Stadtverordneter Dieckmann als persönlicher Vertreter für die Stadtverordnete Weinhold in den Ausschuss für Schulen, Kirchen, Vereine und Integration
3. Stadtverordneter Meertens als persönlicher Vertreter für den Stadtverordneten Dieckmann in den Rechnungsprüfungsausschuss
4. Stadtverordneter Dieckmann als ordentliches Mitglied und Stadtverordneter Meertens als persönlicher Vertreter für den Stadtverordneten Dieckmann in den Wahlausschuss

gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12 Neubesetzung einer Ausschussvorsitzenden im Ausschuss für Schule, Kirchen, Vereine und Integration

Bürgermeister Jungnitsch gab zur Kenntnis, dass die UWG-Fraktion gem. § 58 Absatz 5 Satz 5 der Gemeindeordnung NRW die Stadtverordnete Weinhold zur Ausschussvorsitzenden im Ausschuss für Schulen, Kirchen, Vereine und Integration benennt.

13 Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 13.04.2010 betr. Neubesetzung von Gremien

Beschluss:

Als Ersatz für die aus dem Rat der Stadt Übach-Palenberg ausgeschiedene Stadtverordnete Sarasa wird Stadtverordneter Dieckmann als Stellvertreter für den Stadtverordneten Meertens für die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH des Kreises Heinsberg ernannt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

14 Erweiterungen zur Tagesordnung

14.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 5 der GeschO vom 21.04.2010 betr. Wiederwahl des Beigeordneten für Planen und Bauen

Beigeordneter für Planen und Bauen Schlüter nahm zu diesem Tagesordnungspunkt bei den Zuschauern Platz.

Da zu Beginn der Sitzung beschlossen wurde, Tagesordnungspunkt 14.1 und 14.2 zusammenzufassen, verlas Schriftführerin **Schade** sowohl den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 5 der GeschO vom 21.04.2010 betr. Wiederwahl des Beigeordneten für Planen und Bauen als auch den Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 der GeschO vom 22.04.2010 betr. Wiederwahl des Beigeordneten für Planen und Bauen (Die Anträge sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordneter **Weißborn** bat um das Wort und hielt folgende Ansprache:

"Nach unserem Antrag haben Sie mir mit Ihrem Zeitungsartikel eigentlich eine Steilvorlage zum draufhauen gegeben, aber genau das möchte ich bei diesem wichtigen Thema nicht tun.

Ich werde heute nur sachlich und im Interesse der Angelegenheit „Stadtentwicklung“ und Volker Schlüter sprechen, eben so, wie es auch sonst so meine Art ist. Zu Beginn möchte ich Sie darum bitten, wirklich den Argumenten zu folgen und erst nach deren Abwägung zu einer Entscheidung zu kommen.

Treffen Sie heute bitte eine Entscheidung zum Wohle der Stadt und nicht zum Wohle einer Partei oder Fraktion. Niemand kann sich später hinter irgendwelchen Fraktionsbeschlüssen verstecken, jeder ist ganz persönlich für das, was heute hier passiert verantwortlich.

Wir haben beantragt, heute über die Wiederwahl von Volker Schlüter zu entscheiden. Nach achtjähriger Amtszeit ist von Ihnen meine Damen und Herren darüber zu befinden, ob Volker Schlüter für weitere acht Jahre die Stadtentwicklung unserer Stadt vorantreiben soll oder ob er mit 53 Jahren in den vorzeitigen Ruhestand entlassen und Stadtentwicklung, oder das, was dann noch davon übrig ist, zukünftig ohne Baudezernenten stattfinden wird.

Um hier eine sachgerechte Entscheidung treffen zu können muss abgewägt werden, ob Volker Schlüter gute Arbeit geleistet hat, wie die Zusammenarbeit mit Volker Schlüter funktioniert hat und letztendlich auch, ob wir durch seine Entlassung Geld sparen oder nicht und was für Auswirkungen es auf die Arbeit der Verwaltung hätte, wenn Volker Schlüter morgen in Rente gehen würde.

Beginnen wir mit der Frage, ob er gute Art geleistet hat:

Wenn wir uns unsere Stadt betrachten, dann müssen wir feststellen, dass sie sich in den letzten acht Jahren äußerst positiv weiterentwickelt hat.

Dies ist nicht zuletzt auch das Verdienst von Volker Schlüter.

Sämtliche Projekte aufzuzählen würde meinen zeitlichen Rahmen deutlich sprengen, allerdings würde es auch bei manchen Stadtverordneten dazu beitragen, sich an viele positiven Dinge zu erinnern. Ich möchte an dieser Stelle nur wenige Beispiele nennen.

Ich kann mich noch gut daran erinnern wie unter der Federführung von Volker Schlüter der Bebauungsplan für die Schokoladenfabrik in nur sechs Monaten durchgebracht wurde. Das war eine Glanzleistung, die von allen Beteiligten, Alt-Bürgermeister Schmitz-Kröll eingeschlossen, hoch gelobt wurde. Wir alle waren froh darüber, dass dadurch der Bau der Schokoladenfabrik erst möglich gemacht wurde.

Ich erinnere an die Modernisierung unseres Schwimmbades, bei dem wir erstmalig mit Hilfe eines Contracting-Vertrages eine städtische Anlage modernisiert haben. Die Contracting Idee war die Idee von Volker Schlüter. Auch erinnere ich mich daran, dass erst Volker Schlüter nach jahrelangem Stillstand es möglich gemacht hat, den Kreisverkehr an der Jülicher Straße mit 200.000 € gefördert zu bekommen. Allein mit dieser Summe könnten wir Volker Schlüter schon für einige Jahre weiter beschäftigen.

Und weil Ihnen meine Damen und Herren von der CDU die Kreisverkehre ja so gut gefallen, möchte ich auch noch daran erinnern, dass der geplante Kreisverkehr an der Linde nur mit Hilfe einer Sonderförderung des Landes finanziert werden konnte. Das gibt es nur in Übach-Palenberg und auch hier hat der zuständige Beigeordnete für Planen und Bauen wie man so schön sagt, seine Finger im Spiel gehabt.

Fragen Sie doch mal Bauträger, Investoren oder externe Planer nach ihrer Meinung zu Volker Schlüter. Sie werden zur Antwort bekommen, dass wir froh sein können, mit ihm über einen exzellenten Fachmann zu verfügen. Auch seine guten Kontakte zu übergeordneten Behörden sind für uns von großer Bedeutung.

Diese Aufzählung ließe sich problemlos fortsetzen, ich will es Ihnen ersparen, Sie kennen die Leistungen selber ganz genau. Dass es in acht Jahren auch Fehler gegeben hat ist doch ganz natürlich und unvermeidbar. Wie hat Pfarrer Johannes de Kleine ganz richtig geschrieben: „Nur da, wo nicht

gearbeitet wird, werden keine Fehler gemacht.“ Aber die Fehler, die bei der Klangbrücke entstanden sind, alleine dem Beigeordneten in die Schuhe zu schieben, das wäre unlauter und in der Sache absolut nicht gerechtfertigt.

Die hohe fachliche Qualität unseres Beigeordneten wird auch von Bürgermeister Jungnitsch immer wieder ausdrücklich bestätigt: Mir gegenüber im persönlichen Gespräch, in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses oder heute Morgen noch beim Kaffeetrinken, da war in der Zeitung zu lesen, dass unser Beigeordneter hoch kompetent ist. Herr Bürgermeister, ich pflichte Ihnen in dieser Angelegenheit ausdrücklich bei.

Nun, wie war die Zusammenarbeit mit Volker Schlüter?

An dieser Stelle will ich zunächst noch mal unseren Bürgermeister bemühen. Ja, er schwärmt mir gegenüber geradezu davon, dass er bisher mit beiden Beigeordneten, also auch mit Volker Schlüter, eine ganz hervorragende Zusammenarbeit erfahren hat. Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren auch diesen Punkt kann ich absolut bestätigen, auch, wenn ich mit Volker Schlüter inhaltlich nicht immer einer Meinung war.

Das höre ich auch von den Kolleginnen und Kollegen aus den Reihen von CDU und UWG. Im persönlichen Gespräch sagen mir die allermeisten von ihnen, dass sie Volker Schlüter aufgrund seiner hohen Fachlichkeit und wegen der guten Zusammenarbeit mit ihnen sehr schätzen.

Ja, man hat den Eindruck dass zwischen dem Beigeordneten und vielen Ratsmitgliedern parteiübergreifend, Freundschaften entstanden sind oder es zumindest so etwas wie eine hohe Wertschätzung gibt. Das hat sicher auch damit zu tun, dass sie erkannt haben, hier hat jemand vor acht Jahren seine Heimatstadt verlassen um hier in Übach-Palenberg, bei uns, zu arbeiten und zu leben. Volker Schlüter hat sich gemeinsam mit seiner Frau voll und ganz darauf eingelassen und ist mittlerweile ein echter Übach-Palenberger geworden. Und das ist ihm, als Westfalen, ganz besonders hoch anzurechnen. Dass er jetzt gehen soll, obwohl er hervorragend gearbeitet hat, das muss ihn persönlich sehr treffen.

Würde die Stadt ohne Schlüter Geld sparen?

Zunächst einmal müsste die Stadt Übach-Palenberg knapp eine halbe Million Euro bis zum regulären Eintritt in den Ruhestand für Volker Schlüter aufbringen, ohne dafür eine Gegenleistung zu bekommen. Das an sich hat mit sparen schon mal gar nichts zu tun. Ganz im Gegenteil. Wir müssten ganz viel externen Sachverstand einkaufen, aber die laufende Arbeit, das tägliche Geschäft, das ist nicht so einfach einzukaufen. Und wenn überhaupt dann nur mit teurem Geld. Von sparen kann da nun wirklich keine Rede sein.

Ich will mir ersparen an dieser Stelle auch noch die hohen finanziellen Risiken aufzuzeigen, die ganz unbestritten bestehen, wenn es bei Bauprojekten an fachlicher Begleitung mangelt. Unterm Strich würde uns der Weggang von Volker Schlüter sehr, sehr viel Geld kosten. Wie es aber in der Bevölkerung ankommt, denen von Rente mit 67 vorgeschwafelt wird, werden Sie ganz sicher erfahren. Dass hier ein Mensch von 53 Jahren, auf Kosten der Übach-Palenberger Bürger mit einem goldenen Handschlag in den vorzeitigen Ruhestand entlassen werden soll, dafür hat niemand Verständnis.

Welche Auswirkung hätte eine solche Fehlentscheidung für unsere Stadt? Meine Damen und Herren, wenn ich daran denke, dass am Wasserturm ein neues Einkaufszentrum entstehen soll und unsere Verwaltung nicht in der Lage ist, dies fachlich und kompetent zu begleiten, weil der zuständige Beigeordnete in die Wüste geschickt worden ist, dann wird mir Angst und Bange.

Da geht es unter anderem um einen schwierigen Bebauungsplan, es geht es um die Anbindung der Stadtzentren Palenberg und Übach und es geht auch um das städtebauliche Erscheinungsbild am Wasserturm.

Wenn ich daran denke, wie wichtig die Erweiterung des Gewerbegebietes Holthausen ist, dann weiß ich auch, dass dies eine komplizierte und schwierige Materie ist, bei der man ganz schnell Fehler machen kann, unter denen wir dann jahrelang zu leiden haben.

Und wie ist das eigentlich mit den Projekten, die Sie sich Herr Bürgermeister und Sie von der CDU mit der Vision 2022 auf die Fahnen geschrieben haben? Nahverkehrskonzept, Kreisverkehre, Hotelbau und Stadtentwicklung im Allgemeinen. Sie alle betonen immer wieder, und da bin ich mit Ihnen einer Meinung, wie wichtig die Stadtentwicklung für unsere Stadt ist. Umso unverständlicher ist es, dass sie jetzt dem Beigeordneten für Stadtentwicklung, denn dies ist seine eigentliche Aufgabe, in Rente schicken wollen. Wir brauchen hier einen Profi wie Volker Schlüter. Ich sage Ihnen voraus, ohne zuständigen Beigeordneten an dieser Stelle, wird es in Übach-Palenberg in Zukunft kaum noch Stadtentwicklung geben. Das ist dann zum Schaden der Gewerbetreibenden und aller Einwohner in unserer Stadt. Das können Sie doch nicht ernsthaft wollen.

Stellt sich die Frage Herr Bürgermeister, wie Sie dies in der Verwaltung umsetzen wollen. Letzten Dienstag haben wir ja zusammen gesessen, und ich hatte gehofft, dass Sie mir bei dieser Gelegenheit erklären würden, wie es gehen kann.

Sinngemäß sagten Sie mir, dass sie jetzt nicht mit mir darüber reden möchten, aber sie wollten jetzt zunächst einmal die Entscheidung treffen und dann überlegen, wie dies innerhalb der Verwaltung umzusetzen ist. Heute konnten wir lesen, dass sie sich dazu auch um externen Beistand bemühen wollen.

Mit Verlaub Herr Bürgermeister, aber glauben Sie nicht, dass hier die Reihenfolge durcheinander gekommen ist? Wäre es nicht vernünftig, sich vorher zu überlegen, welche Folgen eine solche weit reichende Entscheidung hat? Ich sage Ihnen voraus, sie werden feststellen, dass Ihnen Ihr Beigeordneter, der sie bisher sehr loyal unterstützt hat, an allen Ecken und Kanten fehlen wird. Ich möchte nur mal darauf hinweisen, dass seit 2002 im Stadtentwicklungsamt zwei komplette Ingenieurstellen weggefallen sind. Seit dieser Zeit ist dieses Amt chronisch unterbesetzt und jetzt soll auch noch der leitende Baubeamte entfernt werden. Da frage ich mich doch allen Ernstes, ob es in Zukunft überhaupt noch ein Stadtentwicklungsamt geben wird?

Wir werden heute in nicht öffentlicher Sitzung ein Stadtentwicklungskonzept vergeben. Dieses Entwicklungskonzept kostet die Stadt 30.000 € und auch Sie Herr Bürgermeister sind gemeinsam mit mir der Auffassung, dass

dieses Stadtentwicklungskonzept für uns von großer Bedeutung ist. In der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses haben wir sehr intensiv darüber diskutiert und es ist überdeutlich geworden, dass das Stadtentwicklungsamt, insbesondere Volker Schlüter als leitender Baudezernent, an diesem Konzept mitwirken muss. Das ist quasi zwingend erforderlich! Wie soll das denn jetzt gehen? In der Diskussion um den demografischen Wandel wird von allen immer wieder betont, dass wir uns in einem Wettbewerb der Kommunen untereinander befinden. Das wirft doch eine ganz entscheidende Frage auf:

Aus welchem Grund Herr Bürgermeister wollen Sie sich selber schwächen? Aus welchem Grund wollen Sie auf einen kompetenten Kollegen im Verwaltungsvorstand verzichten, der Sie doch nur entlasten kann? Wer berät Sie in dieser Frage eigentlich?

Ich frage weiter meine Damen und Herren von CDU, UWG und FDP: Aus welchem Grund wollen Sie den Rat der Stadt, wollen Sie die Stadt schwächen? Unsere Nachbarstädte, alle mit technischen Dezernenten, lachen sich doch kaputt, wenn sie feststellen, dass wir ohne Not unseren Fachmann für Stadtentwicklung in die Wüste schicken. Das wäre das Selbe, als wenn der Trainer von Bayern München den Arjen Robben rausnehmen würde, ohne ihn zu ersetzen. Die Champions Lig wäre dahin und deutscher Meister wären die Bayern auch nicht geworden. Wenn Sie diese Fehlentscheidung tatsächlich treffen sollten, dann spielen wir demnächst mit zehn gegen elf und ein solches Spiel können wir nur verlieren.

Volker Schlüter hat in acht Jahren seine Qualitäten unter Beweis gestellt und eindrucksvoll gezeigt, dass er der Richtige für unsere Stadt ist. Er hat in Kirchlingern alles hinter sich gelassen und sich auf uns und die Menschen hier in unserer Stadt, voll und ganz eingelassen. Einen fairen Umgang mit ihm, den sind wir ihm einfach schuldig. **Kommunale Wahlbeamte, meine Damen und Herren, sind keine Wegwerfware.** Sie haben doch wie jeder andere auch, das Recht nach ihrer Leistung beurteilt zu werden. Da gehört es sich einfach nicht, ihn bis zum Schluss im Glauben zu lassen, dass seine Wiederwahl eine reine Formsache sei und ihn dann quasi auf dem letzten Drücker erfahren zu lassen, dass er in seiner Wahl-Heimatstadt keine Zukunft mehr hat. Das meine Damen und Herren ist einfach nicht in Ordnung.

An dieser Stelle fragt man sich noch einmal nach dem Warum. Ich glaube, ich kann Ihnen die Antwort geben: Volker Schlüter hat aus Ihrer Sicht einen entscheidenden Fehler: Er hat ein SPD-Parteibuch. Das ist die einzige mögliche Erklärung für Ihren Standpunkt.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch einige persönliche Bemerkungen an einzelne Ratsmitglieder der Koalition. Mir ist durchaus bewusst, dass Volker Schlüter nicht immer einfach ist. Mir ist auch klar, dass er niemandem nach dem Mund redet, auch mir nicht. Aber genau das zeichnet ihn doch aus.

Meine Damen und Herren, in persönlichen Gesprächen mit vielen von Ihnen, wurde mir immer wieder bestätigt, dass Volker Schlüter bei Ihnen eine hohe Wertschätzung hat. Sie haben all das, was ich Ihnen soeben erzählt habe, bestätigt und mir darüber hinaus gesagt, dass Sie die Entscheidung der CDU, besonders aus menschlicher Sicht eigentlich für

falsch halten und dass es Ihnen sehr leid täte, wenn Volker Schlüter gehen müsste.

Trotzdem hatte ich den Eindruck, dass Sie Ihrem Fraktionsvorsitzen bei dieser falschen Empfehlung folgen wollen. Aus Fraktionsdisziplin heraus! Ich aber bitte Sie: gehen Sie nicht leichtfertig mit dieser Entscheidung um. In der Öffentlichkeit hätte niemand Verständnis dafür. Ich empfehle Ihnen einfach mal auf den Rat des Ältesten in unseren Reihen zu hören. Am 3. November 2009 hat der Alterspräsident Josef Fröschen bei der Amtseinführung von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch den § 43 der GO zitiert. Darin heißt es: *„Die Ratsmitglieder sind verpflichtet, in Ihrer Tätigkeit ausschließlich nach dem Gesetz und Ihrer freien, nur durch Rücksicht auf das öffentliche Wohl bestimmten Überzeugungen zu handeln, sie sind an Aufträge nicht gebunden.“* Meine Damen und Herren, nehmen Sie das Gesetz ernst und entscheiden Sie ganz persönlich, nach Ihrem Gewissen. Es heißt schließlich nicht „Zum Wohle der Partei oder der Fraktion“ sondern es heißt „zum Wohle der Stadt“, dazu haben wir uns verpflichtet. Damit Ihnen eine solche Entscheidung leichter fällt, beantrage ich geheime Abstimmung."

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, auch er sei sich der Wichtigkeit dieser Entscheidung bewusst. Aus diesem Grund habe er auch keinen Gebrauch von der Geschäftsordnung gemacht, die einen Redebeitrag von 5 Minuten zulasse, sondern habe Stadtverordneten Weißborn 20 Minuten reden lassen.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, sie stimme der SPD-Fraktion zu, dass der Beigeordnete für Planen und Bauen Schlüter gute Arbeit geleistet habe. Aber die UWG-Fraktion werde den Beigeordneten für Planen und Bauen nicht wiederwählen und zwar aus Kostengründen. In der derzeitigen Haushaltssituation müssen die Kosten in den Vordergrund gestellt werden. Die SPD-Fraktion habe es bisher nicht interessiert, dass der ehemalige Beigeordnete für Planen und Bauen Schüssler und auch Alt-Bürgermeister Schmitz-Kröll während der Regierungszeit der SPD gehen mussten. Dabei seien hierfür bis dato 600.000 Euro ausgegeben worden. Und jetzt plötzlich spreche die SPD-Fraktion von einem unfairen Umgang mit kommunalen Wahlbeamten.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, die Koalition habe einen einstimmigen Beschluss gefasst, dass es keine Wiederwahl geben werde. Die Gemeindeordnung regelt, dass Beigeordnete kommunale Wahlbeamte seien, die vom Rat für die Dauer von acht Jahren gewählt werden. Und dass man einen Beigeordneten nicht wiederwählen brauche, dass habe die SPD-Fraktion doch bereits vorgemacht am ehemaligen Beigeordneten Schüssler. Dieser sei ein SPD-Genosse gewesen und als man sich gegen eine Wiederwahl entschieden habe, habe sich die CDU-Fraktion dafür ausgesprochen, einen politisch neutralen Nachfolger zu wählen. Entgegen dieses Vorschlages sei jedoch erneut ein SPD-Mann gewählt worden. Tatsächlich gehe es jedoch heute ausschließlich um Kosteneinsparungen. Und zwar spreche man von Einsparungen in Höhe von 432.000 Euro, wenn man auf die Stelle des Beigeordneten für Planen und Bauen und seine Sekretärin verzichte.

Die SPD-Fraktion spreche immer davon, dass man jemand in die Wüste schicken wolle. Dies sei vollkommen falsch dargestellt.

Außerdem spreche Stadtverordneter Weißborn davon, dass der Beigeordnete für Planen und Bauen gute Arbeit geleistet habe. Dies wolle er auch nicht abstreiten, aber er wolle darauf hinweisen, dass dies aber auch die Pflicht eines Beigeordneten sei.

Weiterhin wolle er darauf hinweisen, dass viele Städte keinen technischen Beigeordneten haben, so zum Beispiel die Stadt Wülfrath mit einer Einwohnerzahl von über 22.000, die Stadt Monheim mit einer Einwohnerzahl von über 42.000, die Stadt Kevelaer, die Stadt Lemgo mit einer Einwohnerzahl von über 40.000, die Stadt Kerpen mit über 64.000 Einwohnern, die Stadt Mechernich mit über 27.000 Einwohnern und auch die Stadt Heinsberg mit 41.000 Einwohnern. Diese Aufzählung sei nicht abschließend.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, man könne also mit einer vernünftigen Organisation tatsächlich auf einen technischen Beigeordneten verzichten.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, man müsse ja nicht allen Mist nachmachen. Außerdem müsse wohl auch erwähnt werden, dass die aufgezählten Städte alle einen leitenden Baubeamten haben.

Auf die von Stadtverordnete Weinhold gemachte Aussage entgegnete er, dass Alt-Bürgermeister Schmitz-Kröll Geld koste, da könne ja wohl die SPD nichts für. Er habe immerhin nicht mehr kandidiert. Den ehemaligen Beigeordneten Schüssler habe er sehr geschätzt. Dieser sei jedoch schwer Herzkrank gewesen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er würde gerne wissen, wie die Einsparungen, die die CDU genannt habe, denn zustande kommen sollen. Immerhin werde gleichzeitig auch vom Einkauf externer Fachkräfte gesprochen.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, er wolle betonen, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag auf Wiederwahl des Beigeordneten für Planen und Bauen gestellt haben, bevor ihnen bewusst gewesen sei, dass die Stelle des technischen Beigeordneten ganz entfallen solle. Die Meinungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Beigeordneten für Planen und Bauen seien häufig auseinandergegangen, aber er habe Herrn Schlüter als fachlich fairen und guten Beigeordneten erlebt. Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, er habe keine Ahnung, wie genau die Einsparungen beim Wegfall der Stelle des technischen Beigeordneten und wie die weitere Organisation in der Verwaltung aussehen solle, klar sei doch aber, dass man die Beigeordnetenstelle nicht zu 100 Prozent einsparen könne.

Er sehe hier keine erhebliche Kosteneinsparung, jedoch den Bedarf an fachlicher Kompetenz. Die Wiederwahl des Beigeordneten für Planen und Bauen Volker Schlüter sei zum Besten der Stadt.

Bürgermeister Jungnitsch unterbrach kurz die Sitzung, damit die geheime Abstimmung vorbereitet werden konnte.

Anschließend bat **Bürgermeister Jungnitsch** die Fraktionen um Vorschläge zur Besetzung der Wahlhelfer.

Die Stadtverordneten Junker und Salin wurden vorgeschlagen und zu Wahlhelfern ernannt. Von der Verwaltung wurde zusätzlich Stadtoberamtsrat Janssen zum Wahlhelfer ernannt.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** wies darauf hin, dass es sich bei der Abstimmung um eine Wahl gemäß § 71 Gemeindeordnung NRW handele und erklärte das Verfahren.

Anschließend wurde die geheime Wahl mit Stimmzettel durchgeführt, auf denen über die Wiederwahl des Beigeordneten für Planen und Bauen mit Ja, Nein oder Stimmenthaltung abgestimmt werden konnte.

Die Stadtverordneten wurden von der Schriftführerin einzeln in alphabetischer Reihenfolge zur Stimmabgabe aufgerufen.

Nach Durchführung der Wahl ergab die Auszählung die Abgabe von 31 Stimmzetteln. **Bürgermeister Jungnitsch** gab das Abstimmungsergebnis bekannt. Es wurden 12 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 18 Nein-Stimmen abgegeben.

Der Beigeordnete für Planen und Bauen wurde somit nicht wiedergewählt.

Beschluss:

Beigeordneter für Planen und Bauen Volker Schlüter wird für eine weitere Amtsperiode nach § 71 GO NRW wiedergewählt.

Abstimmungsergebnis:

12 Ja-Stimmen

1 Enthaltung

18 Nein-Stimmen

14.2 Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 22.04.2010 betr. Wiederwahl des Beigeordneten für Planen und Bauen

Tagesordnungspunkt 14.2 wurde zu Beginn der Sitzung mit Tagesordnungspunkt 14.1 zusammengefasst.

14.3 Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 22.04.2010 betr. Anzahl der Ausschüsse

Beschluss:

Die Anzahl der Ausschüsse wird von neun Ausschüssen wieder auf sechs Ausschüsse reduziert.

Folgende Ausschüsse sollen gebildet werden:

- 1. Haupt- und Finanzausschuss**
- 2. Ausschuss für Schule, Sport und Kultur**
- 3. Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss**
- 4. Ausschuss für Jugend und Soziales**
- 5. Rechnungsprüfungsausschuss**
- 6. Wahlprüfungsausschuss**

Die Zuständigkeiten werden entsprechend der Zuständigkeitsordnung, die bis zum Jahre 2009 galt, zugeordnet.

Abstimmungsergebnis:

12 Ja-Stimmen

18-Nein-Stimmen

1 Enthaltung

14.4 Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 22.04.2010 betr. Informationsbroschüren zu wichtigen Themen in unserer Stadt

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag der SPD-Fraktion (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Bürgermeister Jungnitsch wies auf die Bürgerbroschüre hin, die jüngst überarbeitet worden sei. Diese sei als Wegweiser für den Bürger zu verstehen und enthalte viele Informationen und verweise den Bürger an die korrekten Ansprechpartner für einzelne Themenbereiche. Jeder Bürger könne diese Broschüre bei Interesse erhalten.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** ergänzte, dass die Broschüre in einer Auflagenhöhe von 3.000 Stück produziert worden sei und zur Abholung an der Servicestelle ausliege. Die Bürgerbroschüre habe die Stadtverwaltung zusammen mit dem Aachener Zeitungsverlag erstellt und sei ausschließlich über Anzeigenschaltung finanziert worden. Weitere Finanzierungen über Anzeigenschaltungen halte er daher derzeit für schwierig.

Stadtverordneter **Gudduschat** beantragte, den Tagesordnungspunkt zur Beratung an den Fachausschuss zu verweisen.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird zur Beratung an den Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 22.04.2010 betr. Arbeitsgruppe zum Thema des demografischen Wandels

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag der SPD-Fraktion (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion werde diesem Antrag nicht zustimmen. Er sei der Meinung, dies könne in den jeweiligen Ausschüssen behandelt werden.

Stadtverordneter **Overländer** erklärte, die SPD-Fraktion wolle mit diesem Antrag unterstützen, dass sich hiermit nicht nur die Einwohnerversammlung beschäftige, sondern dass sich alle beteiligen. Er könne die Sicht der CDU-Fraktion nicht verstehen.

Stadtverordneter **Gudduschat** erwiderte, die SPD-Fraktion wolle zum einen die Anzahl der Ausschüsse verringern, andererseits aber eine Arbeitsgruppe einrichten.

Stadtverordneter **Overländer** entgegnete, eine Arbeitsgruppe sei nicht mit einem Ausschuss vergleichbar.

Beschluss:

In Übach-Palenberg wird eine Arbeitsgruppe "Der demografische Wandel und seine Auswirkungen auf Übach-Palenberg" eingerichtet. Neben Vertretern der Verwaltung ist in diese Arbeitsgruppe jeweils ein Vertreter aus allen Fraktionen zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

12 Ja-Stimmen

19 Nein-Stimmen

Anfragen

Anfrage der SPD-Fraktion

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er habe in der Zeitung gelesen, dass in der Juli-Sitzung entschieden werden solle, welcher Investor für das Einkaufszentrum Am Wasserturm ausgewählt werde. Er fragte, wie diese Entscheidungsfindung vollzogen werde und bat, die Politik mit einzubinden.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, er habe versehentlich die Anfrage der SPD-Fraktion vor Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters aufgerufen. Dort wollte er hierzu berichten. Nun werde er dies an dieser Stelle tun.

Er erklärte, man habe vor, ein Interessenbekundungsverfahren einzuleiten. Hierzu verlas er eine Terminleiste (die Terminleiste ist als Anlage der Nie-

derschrift beigelegt).

Am 28.06.2010 wolle er gerne eine Sondersitzung des Rates und in Folge hiervon mit einer Frist von 2 Wochen eine erneute Sondersitzung des Rates für die Abstimmung einberufen. Zeitlich hätte man dies auch in die geplante Ratssitzung am 01.07.2010 einbinden können, aber da für den 01.07. bereits die Haushaltsdebatte geplant sei, wolle man diese Sitzung nicht zusätzlich belasten.

Stadtverordneter **Weißborn** fragte, auf welcher Grundlage das Interessenbekundungsverfahren stattfinden werde.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, das Verfahren werde in der ersten Sondersitzung ausführlich dargelegt.

Stadtoberverwaltungsrat **Gatzen** erklärte, man solle sich keine Sorgen machen, dass etwas anbrenne. Jetzt etwas vorzustellen, was noch kein Hand und Fuß habe, wäre verkehrt. Das Verfahren der NRW Urban werde mit der Politik abgestimmt. Alles werde vor der Abstimmung rechtzeitig erklärt.

Stadtverordneter **Meertens** wies darauf hin, dieses Mal die umliegenden Gewerbetreibenden mit einzubeziehen. Es könne nicht sein, dass diese es aus der Zeitung erfahren müssten.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, seine Frage sei nicht beantwortet worden. Er habe nach den Grundlagen gefragt.

Bürgermeister Jungnitsch entgegnete, er habe alles hier vorliegen, werde dies aber sicherlich nicht in der öffentlichen Sitzung vortragen können.

15 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** teilte mit, dass trotz der derzeitigen finanziellen Lage, das Jubiläum 75 Jahre Übach-Palenberg nicht ganz untergehen solle.

Er wolle einen kurzen Abriss über die derzeitigen Planungen geben: Es solle mehrere Veranstaltungen im Jahr geben. Beginnen wolle man am 04.07.2010. Zum einen solle an diesem Tag eine offizielle Feierlichkeit im CMC stattfinden. Weiterhin habe man einen Tag der offenen Türen geplant. Hieran werden sich fast alle städtischen Einrichtungen beteiligen. Es sollen jedoch nicht einfach nur die Türen für Besucher geöffnet sein, sondern Interaktionen stattfinden. Abgerundet wird das Vorhaben durch den "Tag der Musik", der auf dem Rathausplatz stattfinden werde und dem Radwandertag. Für den Tag habe man unter anderem an einen Shuttle-service zu den einzelnen Einrichtungen gedacht. Auch habe man ein Gewinnspiel geplant und man stehe mit den Gewerbetreibenden in Kontakt, ob es einen verkaufsoffenen Sonntag geben solle.

Im Zusammenhang mit dem Tag des offenen Denkmals solle es eine Abschlussveranstaltung der Jubiläumsfeierlichkeiten in der Freizeitanlage Wurmtal geben.

Was durch einen Sponsor ermöglicht wurde, ist die Herausgabe eines Buches mit wirklich hervorragenden Ansichten unserer Stadt. Das gesamte Buch werde komplett über das Sponsoring finanziert.

Derzeit sei man dabei, alles zu organisieren. Alle Beteiligten seien sehr motiviert.

Bürgermeister Jungnitsch schloss die öffentliche Sitzung um 19.50 Uhr und setzte eine 10 minütige Pause an.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 20.30 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch

Schade Bürgermeister
Schriftführerin